

Datum: 11.02.2013

An den Vorsitzenden des  
Finanz- und Personalausschusses

## Antrag

### Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	12.02.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP  
zum Haushaltsplanentwurf 2013**

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zur Erzielung zusätzlicher Konsolidierungseffekte von mindestens weiteren 500.000 Euro im laufenden Haushaltsjahr zu realisieren, u. a. durch Verringerung der Verlustausgleiche an defizitäre städtische Beteiligungen.
2. Der OB wird gebeten, statt 8 Vollzeitstellen im Jahr 2013 insgesamt 12 Vollzeitstellen sowie in den Jahren 2014-2016 statt der vorgeschlagenen 45 Vollzeitstellen insgesamt weitere 67 Vollzeitstellen einzusparen. Ein externer Einstellungsstopp wird angestrebt.
3. Um eine Reduzierung der Aufwendungen in Höhe von mindestens 2 Mio. Euro zu erzielen, befürwortet der FiPA/Rat die Verhängung einer Haushaltssperre durch den Kämmerer unmittelbar nach Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Bezirksregierung.

**Zur Konkretisierung der pauschalen Aufwandssenkungen bzw. Ertragssteigerungen in den Jahren 2014-2016 in Höhe von mindestens 8 Mio. Euro erteilt der FiPA/Rat die folgenden Prüfaufträge.  
Der FiPA/Rat erwartet die Prüfungsergebnisse zur Ratssitzung im November 2013.**

1. Einsparung von Personalkosten unter Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen u. a. durch
  - Optimierung von Aufbau- und Ablaufstrukturen
  - Dezentralisierung der Personalkostenverantwortung
2. Verschlinkung von Verwaltungsstrukturen u.a. durch
  - Auflösung bzw. Zusammenlegung von Organisationseinheiten
  - Vergrößerung von Leitungsspannen
  - Verkleinerung der Stäbe der Dezernate und des OBs
  - Abbau von Querschnittsfunktionen
  - Abbau von Doppelstrukturen
3. Überprüfung von Standards der Leistungserbringung (unter Zuhilfenahme von Benchmarks, Vergleichszahlen des Gemeindeprüfungsamtes o. ä.)
4. Reduzierung des Umfangs des Berichtswesens und der Vergabe von Gutachten (Budgetierung)
5. Aufgabe bzw. Abgabe von Einrichtungen (insbes. Kitas und Erziehungshilfeeinrichtungen) an freie Träger
6. Senkung der Verlustausgleiche an städtische Unternehmen, eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sowie weitere Einrichtungen der Stadt (z.B. MuKu, VHS, ...)
7. Neukonzipierung der Mitarbeiterkantine
8. Erhebung von kostendeckenden Gebühren und Entgelten
9. Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Immobilien und Freiflächen

**Begründung:**

Begründung erfolgt mündlich!

**Unterschrift:**

Georg Fortmeier  
SPD-Fraktion

**Unterschrift:**

Lisa Rathsmann-Kronshage,  
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

**Unterschrift:**

Harald Buschmann,  
FDP-Fraktion